

Wem schenken die Bundesbürger in der Krise ihr **Vertrauen**?



Zusammenfassung von Ergebnissen
des **Ethik-Monitors 2009**
mit dem Schwerpunkt
Wirtschaftspolitik

Themen im Überblick:

- Vertrauensverschiebungen zu Gunsten von Bundestag und Bundesregierung
- Demokratie wird deutlich besser bewertet als das Wirtschafts- und Finanzsystem
- Finanzsystem wird für die Krise verantwortlich gemacht
- Gerechtigkeitsproblem des Wirtschaftssystems
- Klare und feste Schranken für die Wirtschaft: Gutes Krisenmanagement der Regierung!
- Finanzkrise und Mindestlohn sind die wichtigsten Themen im Superwahljahr



Was ist der Ethik-Monitor?

Der Ethik-Monitor ist eine Werte-Studie der gemeinnützigen Hamburger Stiftung Wertevolle Zukunft. Die Studie wird in Zusammenarbeit mit der Zeppelin Universität in Friedrichshafen unter wissenschaftlicher Leitung von Prof. Joachim Behnke erarbeitet. Die Grundlage bildet eine telefonische Befragung mit repräsentativer Zufallsstichprobe. Sie wurde in diesem Jahr durch das Meinungsforschungsinstitut BACES der Universität Bamberg durchgeführt.

Der erste Ethik-Monitor 2006 mit dem Schwerpunkt Wirtschaft offenbarte u. a., dass das Vertrauen der Bürger in Wirtschaftsunternehmen gering ist und nur ein kleiner Teil der Bevölkerung das Wirtschaftssystem für funktional, gerecht und transparent hält. Führende Wirtschaftsvertreter wurden als korrupt und nicht am Gemeinwohl orientiert eingestuft.

Der Schwerpunkt des Ethik-Monitors 2009 liegt im Bereich Politik und Werte. Abgefragt werden in erster Linie Einstellungen zum politischen System, den Spitzenpolitikern und Parteien sowie zur bevorstehenden Bundestagswahl. Auch die Wahrnehmung des aktuellen Wirtschaftssystems wird beleuchtet. Im Folgenden finden Sie eine Zusammenfassung der Ergebnisse im Bereich Wirtschaft der ersten Befragung im April. Ein zweiter Umfragezyklus folgt im September direkt vor der Bundestagswahl. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage unter www.wertevolle-zukunft.de.

Zusammenfassung der Ergebnisse des Ethik-Monitors 2009, Schwerpunkt Vertrauen

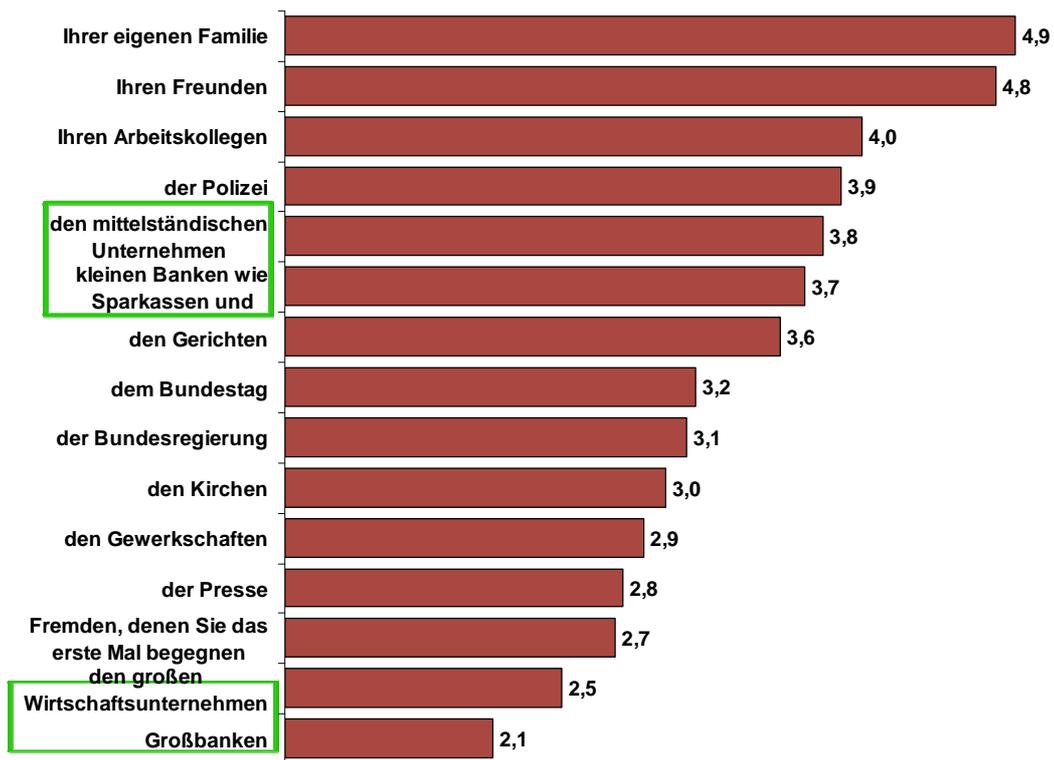
Während das Vertrauen in die großen Wirtschaftsunternehmen fast genauso gering ist wie 2006, konnten sowohl der Mittelstand als auch die Bundesregierung und Bundestag in der Krise deutlich an Vertrauen gewinnen. Großbanken schneiden noch schlechter ab als große Wirtschaftsunternehmen, was daraufhin deutet, dass ihnen die Krise maßgeblich angelastet wird. Darauf deutet auch der Vergleich des Funktionierens der Systeme hin. 30% der Befragten sind der Meinung, dass das Wirtschaftssystem gut funktioniert, nur 15% glauben an das Funktionieren des Finanzsystems. Als großer Gewinner im Systemvergleich stellt sich aber die Demokratie heraus: 49% sind der Meinung, dass die Demokratie gut funktioniert.

Das vergleichsweise schlechte Abschneiden der Wirtschaft im Vergleich zur Demokratie lässt sich z. T. auf ein wahrgenommenes Gerechtigkeitsproblem zurückführen. Lediglich 32% der Bundesbürger halten das Wirtschaftssystem für gerecht, immerhin 30% hingegen für ungerecht. Dass die Demokratie und die politischen Institutionen sich durch die Krise derart profilieren können, lässt sich umgekehrt auf das Krisenmanagement der Bundesregierung in der Finanzkrise zurückführen. Mit 37% der Befragten bewerten deutlich mehr Befragte das Krisenmanagement positiv als negativ (25%). Gutes Krisenmanagement bedeutet nach Meinung von 60% der Befragten auch, der Wirtschaft klare und feste Schranken zu setzen.

Bei Wirtschafts- und Finanzinstitutionen hängt Vertrauen der Bürger von der Größe ab

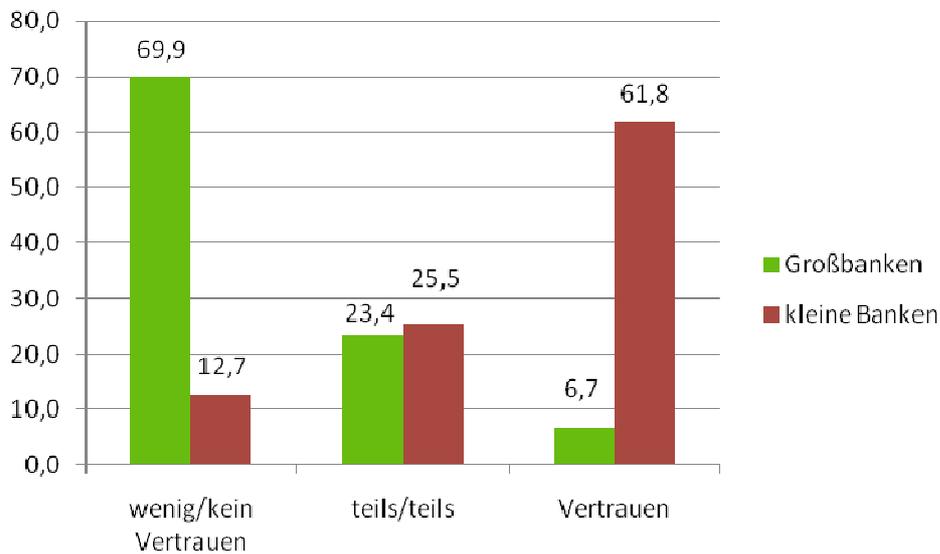
Die Befragten sollten angeben, wie viel Vertrauen sie zu verschiedenen Institutionen, Personen und Gruppen haben auf einer Skala von 1 (überhaupt kein Vertrauen) bis 5 (sehr viel Vertrauen). Den großen Wirtschaftsunternehmen und Großbanken vertrauen die Bundesbürger kaum. Sie schneiden mit einem Wert von 2,5 bzw. 2,1 sogar schlechter ab als Fremde, denen man zum ersten Mal begegnet (2,7). Den mittelständischen Unternehmen hingegen wird mit einem Wert von 3,8 im Durchschnitt vergleichsweise viel Vertrauen entgegengebracht. Ähnlich verhält es sich mit den Banken: Während die Großbanken auf dem letzten Platz in puncto Vertrauen landen, wird den kleinen Banken und Sparkassen mit einem Mittelwert von 3,7 durchaus noch vertraut. Es gilt also die allgemeine Regel: Je kleiner und näher am Bürger eine Organisation sich präsentiert, desto größer ist das Vertrauen der Bürger.

Abbildung 1: Vertrauen in Institutionen, Personen, Gruppen



Dies zeigt sich besonders am Beispiel der Banken, wo Großbanken und kleine Banken und Sparkassen ein nahezu spiegelverkehrtes Ergebnis erreichen: Während 61,8 % der Befragten kleinen Banken vertrauen, vertrauen 69,9% den Großbanken wenig oder gar nicht.

Abbildung 2: Kleine Banken versus Großbanken

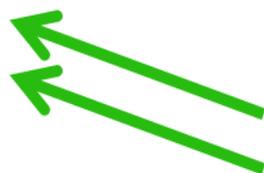


Vertrauensverschiebungen zu Gunsten von Bundestag und Bundesregierung

Ein Vergleich mit den Ergebnissen des Ethik-Monitors 2009 offenbart Vertrauensverschiebungen größeren Ausmaßes.

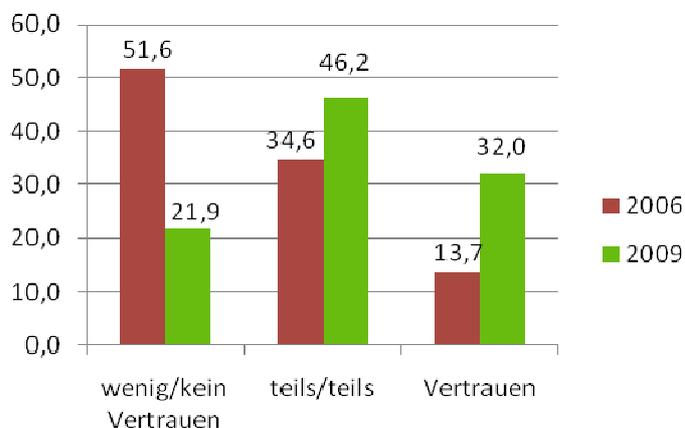
Abbildung 3: Rangfolge Vertrauen im Vergleich: 2009 und 2006

Ethik-Monitor 2009	Ethik-Monitor 2006
1 Ihrer eigenen Familie	1 Ihrer eigenen Familie
2 Ihren Freunden	2 Ihren Freunden
3 Ihren Arbeitskollegen	3 Ihren Arbeitskollegen
4 der Polizei	4 der Polizei
5 den mittelständischen Unternehmen	5 den mittelständischen Unternehmen
6 den Gerichten	6 den Gerichten
7 dem Bundestag	7 den Kirchen
8 der Bundesregierung	8 den Gewerkschaften
9 den Kirchen	9 dem Bundestag
10 den Gewerkschaften	10 der Bundesregierung
11 Fremden, denen Sie das erste Mal begegnen	11 Fremden, denen Sie das erste Mal begegnen
12 den großen Wirtschaftsunternehmen	12 den großen Wirtschaftsunternehmen



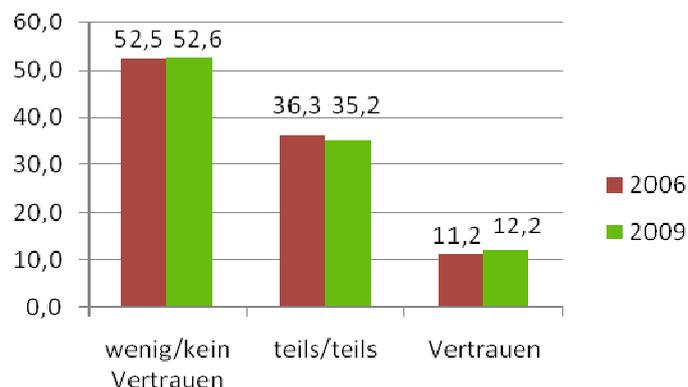
Erstaunlich gegenüber den Ergebnissen von 2006 ist vor allem, dass Bundestag und Bundesregierung in der Rangfolge aufsteigen konnten, Kirchen und Gewerkschaften dafür Plätze abgeben mussten. Der Platztausch in der Rangfolge des Vertrauens ist nicht nur mit einem Vertrauensverlust von Kirche und Gewerkschaften zu begründen. Tatsächlich gewinnen Bundestag und Bundesrat in der Krise an Vertrauen. Das Ausmaß ist bezeichnend: der Anteil derjenigen, die Vertrauen in die Bundesregierung haben, hat sich innerhalb von nur drei Jahren mehr als verdoppelt! Der Anteil derjenigen, die der Bundesregierung gar nicht oder wenig vertrauen, hat sich im gleichen Zeitraum mehr als halbiert.

Abbildung 4: Vertrauen in die Bundesregierung 2006 und 2009



Überraschend ist auch, dass das Vertrauen in Wirtschaftsunternehmen sich im Gegensatz dazu im Zuge der Wirtschaftskrise kaum verändert hat. Der Anteil der Menschen, die der Wirtschaft vertrauen, liegt 2009 sogar ein Prozentpunkt höher als 2006. Dennoch können Wirtschaftsunternehmen nicht von einem guten Ergebnis für sich sprechen: Dass nur 12,2% ihr Vertrauen schenken, wirkt durchaus Fragen auf. Sie schneiden aber zumindest weitaus besser ab als Großbanken, denen nur 6,7% vertrauen.

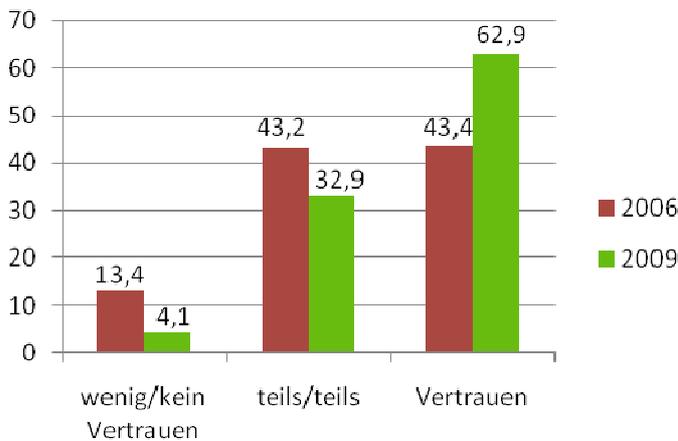
Abbildung 5: Vertrauen in Wirtschaftsunternehmen 2006 und 2009



Rolle des Mittelstandes als Vertrauensanker der deutschen Wirtschaft noch gestärkt

Der Mittelstand erweist sich wie schon 2006 als Vertrauensanker in der deutschen Wirtschaft, konnte aber noch weiter an Vertrauen zulegen. Der Anteil der Befragten, die mittelständischen Unternehmen vertrauen, hat von 43,4% auf 62,9% zugenommen. Die Anzahl der Befragten ohne oder mit wenig Vertrauen liegt unter 5%.

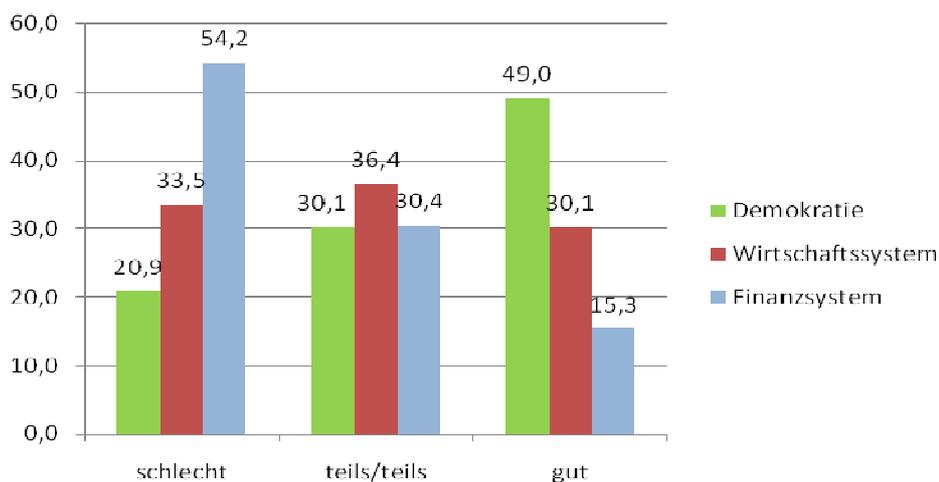
Abbildung 6: Vertrauen in mittelständische Unternehmen 2006 und 2009



Demokratie funktioniert besser als Wirtschafts- und Finanzsystem

Bei der Beurteilung des Funktionierens von Demokratie, Wirtschafts- und Finanzsystem ergibt sich ein ähnliches Bild wie beim Vertrauensvergleich. Während 49% der Befragten der Meinung sind, dass die Demokratie gut funktioniert, sind es beim Wirtschaftssystem nur 30% und beim Finanzsystem 15%. Die Befragten trennen klar zwischen Finanz- und Wirtschaftssystem. Das Finanzsystem wird von 54% der Befragten als schlecht eingestuft, die Wirtschaft von 34%. Das Finanzsystem wird dadurch als verantwortliches System für die aktuellen Krise festgemacht.

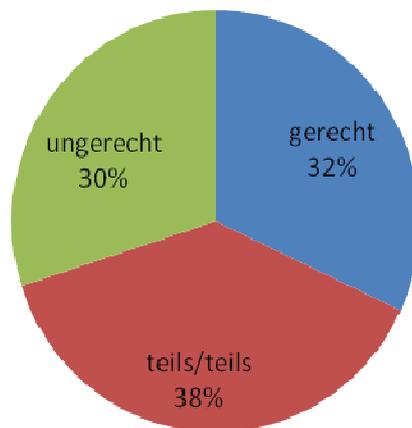
Abbildung 7: Finanzsystem, Demokratie und Wirtschaft funktionieren ...



Gerechtigkeitsproblem des Wirtschaftssystems möglicher Grund für schlechtes Abschneiden der Wirtschaft

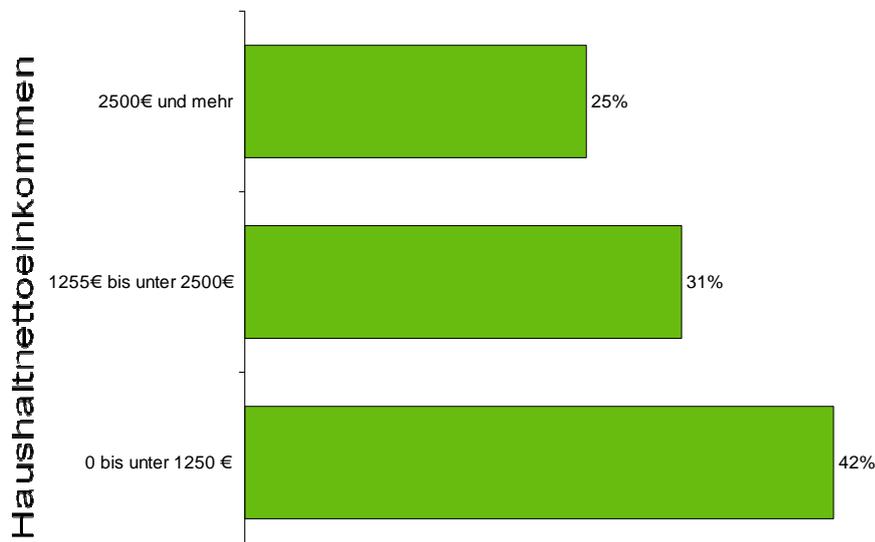
Ein Grund für das schlechte Abschneiden der Wirtschaft im Vertrauensranking und im Systemvergleich im Vergleich zu politischen Institutionen bzw. Demokratie findet sich in den Gerechtigkeitswahrnehmungen der Deutschen. Lediglich 32% der Befragten halten das Wirtschaftssystem für gerecht, 30% hingegen für ungerecht.

Abbildung 8: Das Wirtschaftssystem ist ...



Je geringer das Einkommen der Befragten, desto größer ist auch die Unzufriedenheit mit dem Wirtschaftssystem. 42% derjenigen, die ein Haushaltsnettoeinkommen von unter 1250 Euro haben, stimmen dem Statement zu, dass das Wirtschaftssystem ungerecht ist. Daraus lässt sich die Vermutung ableiten, dass die eigene Lage auf ein ungerechtes Wirtschaftssystem zurückgeführt wird.

Abbildung 9: Zustimmung zum Statement „Das Wirtschaftssystem in Deutschland ist ungerecht!“ (stimme voll und ganz/eher zu) in Abhängigkeit vom Haushaltsnettoeinkommen



Klare und feste Schranken für die Wirtschaft: Gutes Krisenmanagement der Regierung!

Fraglich ist, womit das erstaunlich gute Abschneiden der politischen Institutionen im Vertrauensvergleich und der Demokratie im Systemvergleich erklärt werden kann. Ein möglicher Grund könnte das sehr positiv bewertete Krisenmanagement der Bundesregierung sein. 38% der Befragten stimmen dem Statement zu, dass die Bundesregierung im Großen und Ganzen die richtigen Maßnahmen zur Bewältigung der Finanzkrise ergriffen hat, bewerten das Krisenmanagement der Bundesregierung also positiv. 24% stimmen dem Statement nicht zu.

Abbildung 10: „Die Bundesregierung hat im Großen und Ganzen die richtigen Maßnahmen zur Bewältigung der Finanzkrise ergriffen.“

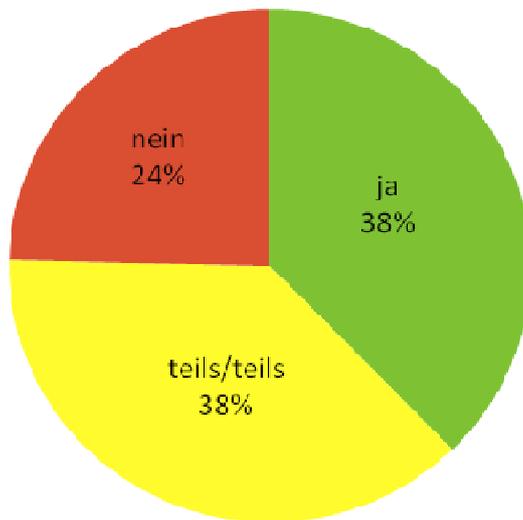
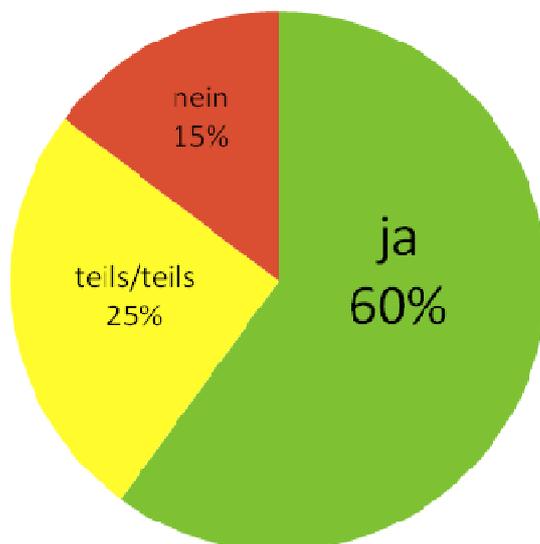


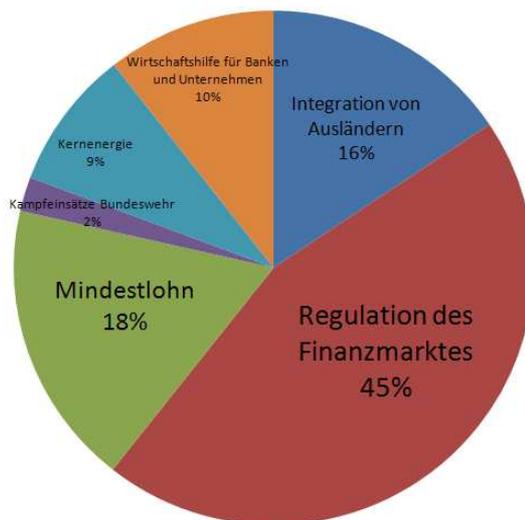
Abbildung 11: „Der Staat muss der Wirtschaft klare und feste Schranken setzen“



Finanzkrise und Mindestlohn sind die wichtigsten Themen im Superwahljahr

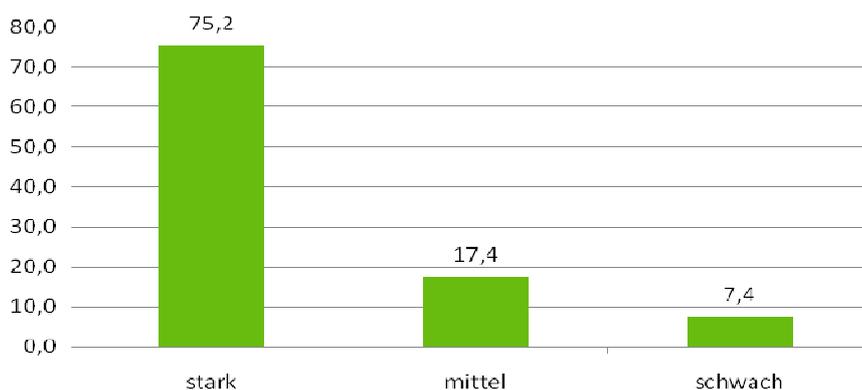
In der Umfrage wurde gefragt, welche der folgenden Aufgaben als die wichtigste empfunden wird, die sich der Regierung stellen: Integration von Ausländern, Regulation des Finanzmarktes, Mindestlohn, Kampfeinsätze der Bundeswehr, Kernenergie oder Wirtschaftshilfe für Banken und Unternehmen. Damit wurden bewusst Aufgaben zur Auswahl gestellt, bei denen die Parteien verschiedene Positionen einnehmen. Die wichtigste politische Aufgabe ist nach Meinung von 45 % der Befragten derzeit die Regulation des Finanzmarktes. An zweiter Stelle wird mit 18 % der Stimmen der Mindestlohn genannt. Das drittwichtigste Thema ist nach Meinung der Bundesbürger mit 16 % der Stimmen die Integration von Ausländern. 55% der Befragten entscheiden sich mit Wirtschaftshilfen und Regulation des Finanzmarktes für eine explizit wirtschaftspolitische Aufgabe.

Abbildung 17: Die wichtigste politische Aufgabe



Unter denen, für die die Regulation des Finanzmarktes das wichtigste Thema ist, sprechen sich wiederum über 75 % für eine starke Regulierung der Finanzmärkte aus.

Abbildung 18: Wunsch nach Regulierung des Finanzmarktes



Tim Bendixen

tim.bendixen@wertevolle-zukunft.de

Tel.: 040 87 87 905 803

Mobil: 0151 240 64 554

Tina Jansen

tina.jansen@wertevolle-zukunft.de

Tel.: 040 87 87 905 811

Ihre
Ansprech-
partner



WERTEVOLLE ZUKUNFT
Stiftung für ethisches Handeln 

Die gemeinnützige Hamburger Stiftung Wertevolle Zukunft wurde 2005 durch den Unternehmer Christian Steinberg gegründet. Sie gründet auf der Überzeugung, dass eine moderne pluralistische Gesellschaft eine gemeinsame Wertebasis benötigt. Daraus ergibt sich ihre Zielsetzung, möglichst viele, vor allem auch jüngere Menschen, an den Diskussionsprozessen über ethische Fragen und Werturteile zu beteiligen. Die Stiftung unterstützt und leitet Projekte, Initiativen und Forschung im Bereich der Wirtschafts- und Medienethik, aber auch der politischen Ethik.

www.wertevolle-zukunft.de

zeppelin university

Hochschule zwischen
Wirtschaft, Kultur und Politik

Die Zeppelin Universität (ZU) ist eine seit 2003 vom Land Baden-Württemberg staatlich anerkannte und vom Wissenschaftsrat institutionell akkreditierte Hochschule im Universitätsrang in freier Trägerschaft. Als „Hochschule zwischen Wirtschaft, Kultur und Politik“ lehrt und forscht sie konsequent interdisziplinär, individualisiert und international. Ihre Bachelor- und Master-Studiengänge in Wirtschaftswissenschaften, Kultur- und Kommunikationswissenschaften sowie managementorientierten Verwaltungs- und Politikwissenschaften zielen auf zukünftige verantwortungs-bewusste Entscheider und kreative Gestalter in einer sich globalisierenden Wissensgesellschaft ab.

www.zeppelin-university.de